



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.2148.01

PD/P102148
Basel, 8. Dezember 2010

Regierungsratsbeschluss
vom 7. Dezember 2010

Ausgabenbericht

Erneuerung des Subventionsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der GGG Ausländerberatung betreffend Beratungsstelle und Informationsstelle Integration für die Jahre 2011-2014

Inhaltsverzeichnis

1. Begehren	3
2. Ausgangslage	3
2.1 Angaben zur Institution	3
2.2 Entwicklung der Leistungen 2005-2009	4
2.2.1 Beratungsstelle	4
2.2.2 Informationsstelle Integration	6
3. Subventionsbegehren der GGG Ausländerberatung	8
4. Finanzielle Aspekte	8
4.1 Finanzielle Situation der Institution	8
4.2 Finanzierungsschlüssel	9
5. Begehrensbeurteilung nach § 5 des Subventionsgesetzes	10
5.1 Öffentliches Interesse des Kantons an der Erfüllung der Aufgabe (§ 5 Abs. 2 lit. a SubvG)	10
5.2 Sachgerechte Erfüllung der Aufgabe (§ 5 Abs. 2 lit. b SubvG)	11
5.3 Nachweis angemessener Eigenleistungen des Subventionsempfängers und der Nutzung von Ertragsmöglichkeiten (§ 5 Abs. 2 lit. c SubvG)	11
5.4 Nachweis, dass die Aufgabe ohne die Subvention nicht oder nicht hinreichend erfüllt werden kann (§ 5 Abs. 2 lit. c SubvG)	12
6. Antrag	12

1. Begehren

Mit diesem Ausgabenbericht beantragen wir Ihnen, der GGG Ausländerberatung für die Jahre 2011 bis 2014 einen nicht indexierten Staatsbeitrag von maximal CHF 300'000 p.a. an die Kosten der Beratungsstelle und der Informationsstelle Integration auszurichten (Kostenstelle 3218210; Auftrag Nr. 321821090000).

2. Ausgangslage

2.1 Angaben zur Institution

Die neutrale, religiös und politisch unabhängige Ausländerberatung ist eine **Institution der GGG**, der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel. Sie wird von einer Kommission geleitet, die durch den Vorstand der GGG gewählt wird. Die Leitung besteht zurzeit aus folgenden Mitgliedern: Dr. Géza Teleki (Präsident), Dr. Gabriel Barell (Kassier), Claudia Bracher Wolfensberger, Dr. Arno Kling und Dr. iur. Robert Heuss. Geschäftsleiter der GGG Ausländerberatung ist Robert Weller.

Die Ausländerberatung engagiert sich **seit 1962 im Integrationsbereich**, baut Brücken zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen und Sprachen und ist wichtige Ansprechpartnerin bei integrationsrelevanten Fragen. Damit ist sie die älteste und grösste Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten im Kanton Basel-Stadt. Als kantonales Kompetenzzentrum für Integration wird die Ausländerberatung von Behörden, sozialen Institutionen und auch von Privatpersonen geschätzt. Mit ihren Kernkompetenzen Beratung und Informationsvermittlung leistet sie einen wichtigen Beitrag für das soziale Basel.

Die GGG Ausländerberatung gliedert sich in die **drei Arbeitsbereiche** Beratungsstelle, Informationsstelle Integration und den nicht subventionierten Übersetzungsdienst. Sie arbeitet nach dem Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Mündliche Dienstleistungen sind kostenlos, für schriftliche Arbeiten wird ein Unkostenbeitrag erhoben. Über die Beratungsstelle und Informationsstelle sind insgesamt 16 Personen beschäftigt, die über ein breites Fachwissen, grosse interkulturelle Kompetenz und gute Sprachkenntnisse verfügen.

Durch ihr **breites Beziehungsnetz** zu integrationsrelevanten Institutionen der Basler Gesellschaft, zu denen sowohl Migrantenorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften als auch Wirtschaftsunternehmen zählen, kann die Ausländerberatung die Integrationspolitik des Kantons auf operativer Ebene optimal unterstützen.

Die Ausländerberatung wird neben der Subvention, die der Kanton Basel-Stadt ihr seit Mitte der Siebziger Jahre gewährt, durch die GGG, den Bund sowie gewerbliche und private Spender finanziert. Die aktuelle Subventionsvereinbarung zwischen der GGG Ausländerberatung und dem Kanton Basel-Stadt (ehemals Justizdepartement, neu Präsidentialdepartement) läuft per 31. Dezember 2010 aus.

2.2 Entwicklung der Leistungen 2005-2009

2.2.1 Beratungsstelle

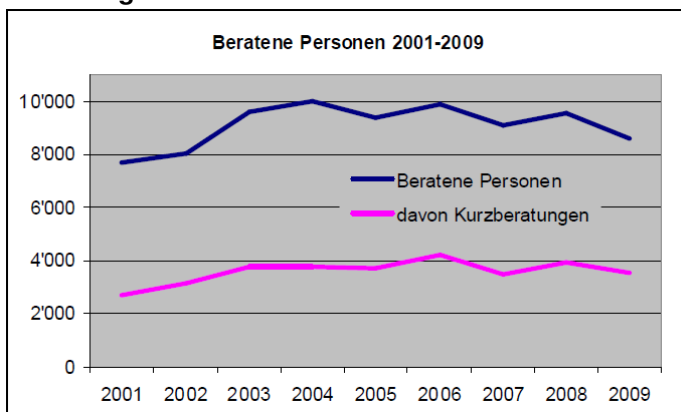
Die Beratungsstelle bietet im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Ausländer/innen eine qualifizierte und professionelle Beratung zu rechtlichen und sozialen Fragen in **17 verschiedenen Sprachen** an. Bei spezifischen Problemstellungen (z.B. Asylverfahren) vermittelt sie die Ratsuchenden an geeignete Fachstellen. Mit ihrer niederschweligen Beratung und Vermittlung fördert die Beratungsstelle die Integrationsfähigkeit der ausländischen Bevölkerung. Das Beratungsangebot richtet sich aber auch an Schweizer/innen aus der französischen und italienischen Schweiz oder an Deutschschweizer/innen mit Fragen zum Zusammenleben mit Ausländer/innen.

In der aktuellen Subventionsperiode hat die Beratungsstelle einen **Schwerpunkt** auf das Thema **Deutsch- und Integrationskurse** gelegt und damit Forderungen des seit 2008 in Kraft getretenen Integrationsgesetzes unterstützt. Entsprechend haben die Beratungszahlen zu diesem Thema in den letzten fünf Jahren deutlich zugenommen. Die Beratungsstelle verfolgt die Strategie, ihre Kundinnen und Kunden auch im Kontext anderer Beratungsthemen pro-aktiv auf das Kursangebot aufmerksam zu machen und sie zu eigenen Integrationsbemühungen zu motivieren – ganz nach der Leitmaxime "Hilfe zur Selbsthilfe".

Konstant gefragte Beratungsthemen sind **finanzielle Anliegen, Arbeit und Arbeitslosigkeit**. Gerade die Finanzkrise hat viele Migrantinnen und Migranten besonders hart getroffen. Die meisten Beratungen sind vielschichtig, weil die Problem- und Fragestellungen der Kundschaft immer komplexer werden. So kann eine Beratung zu finanziellen Anliegen sowohl Fragen zu Schulden, Sozialbeiträgen, Unterstützungen, den Umgang mit dem Budget als auch Familien- und Erziehungsfragen umfassen. Hier legt die Beratungsstelle grossen Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit Fachstellen, wie der Schuldenberatungsstelle Plusminus. Eine gute Zusammenarbeit ermöglicht eine gegenseitige Unterstützung und einen ergänzenden Austausch von Fachkenntnissen.

In den letzten fünf Jahren haben durchschnittlich 9'300 Personen pro Jahr das Beratungsangebot in Anspruch genommen. Durch die starke Zuwanderung der letzten Jahre ist die Zielgruppe der Ausländerberatung gewachsen. Ende 2009 wohnten 62'039 Ausländer/innen in Basel-Stadt, über 10% mehr als 2005. Doch obwohl die Dienstleistungen der Beratungsstelle auf einem hohen Niveau nachgefragt werden, hat die Zahl der beratenen Personen, nach einem starken Wachstum Anfang des Jahrzehnts, inzwischen leicht abgenommen (siehe Abb. 1). Ein Grund dafür wird – neben dem Erfolg verstärkter Integrationsbemühungen – in der **veränderten demografischen Zusammensetzung der Zielgruppe** gesehen. Diese ist in Bezug auf Herkunft und Bildungsniveau deutlich heterogener geworden.

Abbildung 1



In Zukunft rechnet die Beratungsstelle wieder mit einem Anstieg an Erstberatungen und Deutschkursberatungen. Die zunehmende Zahl gut qualifizierter Zuwandernder führt zu **höheren Ansprüchen** bezüglich Inhalt und Erreichbarkeit der Beratung. Vor diesem Hintergrund steht die Beratungsstelle vor der Herausforderung ihr Angebot auszuweiten und dieses durch zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit neuen Kreisen bekannt zu machen.

Der Bedarf an **persönlicher, niederschwelliger Beratung** wird aber erhalten bleiben, da via Familiennachzug weiterhin niedrig qualifizierte Ausländer/innen einwandern werden und noch immer ein Nachholbedarf bei der 1. Generation von Zugewanderten besteht, die von den Integrationsbemühungen noch nicht erfasst wurden.

Eine weitere Herausforderung ist die **zunehmende Komplexität der Beratungsthemen**. Stark gestiegen ist der Beratungsbedarf bei psychosozialen Konflikten in der Familie, bei Erziehungsfragen sowie bei der Beratung von Eltern mit Jugendlichen, die sich in der Phase von Berufswahl und Zukunftsplanung befinden. Um bei diesen komplexen Themen eine fachgerechte Beratung in der Muttersprache anbieten zu können, wird die Beratungsstelle vermehrt in die fachspezifische Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden sowie in die Begleitung durch externe Fachpersonen investieren müssen.

Tabelle 1: Statistik Leistungen Beratungsstelle

Indikator	2007	2008	2009
Zahl der beratenen Personen ¹	9'113	9'572	8'592
Zahl der Beratungsfälle	3'057	3'316	3'495
Ø Anzahl Konsultationen pro Fall	1.73	1.75	1.51
Ø Dauer pro Fall (in Std.)	63.43	63.71	59.98
Ø Kosten pro Fall (in CHF)	239.57	251.67	226.31

¹ Die Beratungen erfolgen persönlich und telefonisch

2.2.2 Informationsstelle Integration

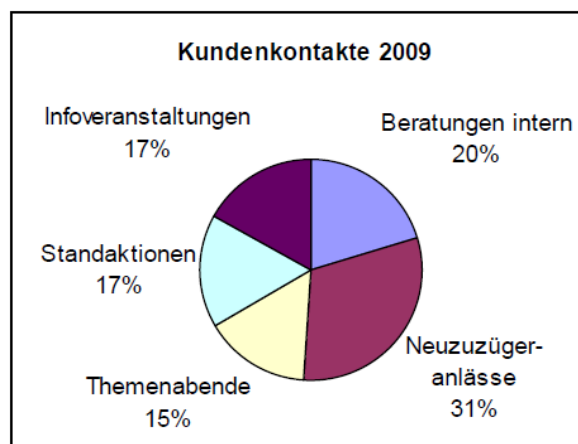
Die Informationsstelle Integration existiert seit 2001. Sie wurde aufgebaut, um operative Funktionen in der Integrationsarbeit für den Kanton Basel-Stadt zu übernehmen und zwar als kantonales Kompetenzzentrum für Integration, wie es vom Bund definiert wird. Für den Betrieb der Informationsstelle erhält die Ausländerberatung vom Bund seit 2005 CHF 120'000 p.a. mit der Bedingung, dass sich der Kanton finanziell ebenfalls beteiligt.

Ziel der Informationsstelle ist es, die Integrationsarbeit im Kanton Basel-Stadt durch **Information und Vernetzung** zu erleichtern. Weitere Ziele sind die Verbesserung des Orientierungswissens der in Basel ansässigen Migrantinnen und Migranten und die Unterstützung von Einheimischen bei Fragen im Umgang mit Zugezogenen. Die Informationsstelle Integration dient verschiedensten Anspruchsgruppen, welche in irgendeiner Form mit Fragen zur Integration konfrontiert sind, als Informations- und Dienstleistungszentrum im Kanton Basel-Stadt. Kerngeschäfte der Informationsstelle sind die Bereiche Beratung/Information, Grundlagen-/Öffentlichkeitsarbeit, Projektberatung und Vernetzung.

Eine für den Kanton sehr wichtige Dienstleistung ist die **Projektberatung**. Personen und Organisationen, die beim Kanton Integrationsprojekte eingeben wollen, werden von der Informationsstelle sorgfältig informiert und beraten. Diese Arbeitsteilung hat dazu geführt, dass die kantonale Verwaltung auf operativer Ebene deutlich entlastet wurde. Die Projekteingaben entsprechen seither zuverlässiger dem Bedarf der Basler Bevölkerung und sind zielgruppenspezifischer ausgerichtet.

Die Informationsstelle informiert und berät sowohl in den Räumlichkeiten der Ausländerberatung als auch extern an Standaktionen, Informationsanlässen und Themenabenden. Mit Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes und des Basler Integrationsgesetzes hat die Informationsstelle seit 2008 neue Schwerpunkte gesetzt. Gemäss dem neuen Artikel 56 AuG ist die Informationsstelle, als vom Bund mitfinanziertes Kompetenzzentrum Integration, zur Information über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz, über Angebote zur Integrationsförderung und über die Migrationspolitik verpflichtet. Dies hat zu einer stärkeren **Aussenorientierung** geführt. Die interne Beratung macht nur noch ein Fünftel aller Kundenkontakte aus (siehe Abb. 2).

Abbildung 2



Besonders die **Arbeitgebenden** sind zu einer

wichtigen Zielgruppe geworden, welche die Informationsstelle gezielt unterstützt, damit diese die im Integrationsgesetz festgeschriebene Aufgabe der Integrationsförderung (§ 4 Abs. 6) erfüllen können. Dies gilt insbesondere für ausländische Arbeitgebende, die mit den gesetzlichen Vorgaben oft überfordert sind und ausführliche Informationen wünschen.

Neben dem direkten Kundenkontakt ist die **Integrationsdatenbank** (www.integration-bsbl.ch) ein wichtiger Kanal für die Informationsvermittlung. Diese betreibt die Informationsstelle in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft. Über die Integrationsdatenbank können sich Privat- und Fachpersonen direkt via Internet informieren und sich einen aktuellen Überblick über Deutschkursangebote, Veranstaltungen und Migrantenorganisationen aus dem Integrationsbereich verschaffen. Der Inhalt wird wöchentlich aktualisiert und erweitert. In einer internen **Dokumentationsstelle** sammelt die Informationsstelle zudem Informationen zu aktuellen Fragestellungen, Erkenntnissen und Entwicklungen im Migrations- und Integrationsbereich, bereitet diese auf und stellt sie Interessierten zur Verfügung.

Die Informationsstelle vernetzt und koordiniert Integrationsangebote, die von staatlichen und nicht-staatlichen Stellen angeboten oder lanciert werden. Ein gutes Beispiel dafür ist, wie die Informationsstelle als neutrale Akteurin sämtliche Sprachkursanbieter an einen Tisch zusammenbringen konnte mit dem Resultat, dass sie den Auftrag erhielt die Broschüre "**Deutsch in der Region Basel**" zu erstellen. Auch die **Informationsmodule** zu 22 Themen sind Ergebnis erfolgreicher Vernetzungs- und Kooperationsarbeit. Sie sind ein Instrument zur Anregung und Qualitätssicherung von Informationsveranstaltungen und werden laufend der Nachfrage angepasst. Migrantenorganisationen können so unkompliziert Referentinnen und Referenten verschiedener kantonaler Dienststellen für Vorträge einladen.

Die gezielte Unterstützung und neutrale Information wichtiger Zielgruppen, wie ausländische Arbeitgeber oder die Schweizer Bevölkerung wird in Zukunft ein wichtiger Schwerpunkt sein. Damit die Informationsstelle gut erreichbar ist und ihren Grundauftrag als Drehscheibe für alle an Integrations- und Migrationsfragen interessierten Gruppen optimal wahrnehmen kann, möchte sie die Bürozeiten erweitern. Diese hatten in letzter Zeit wegen der verstärkten Ausenpräsenz abgenommen.

Tabelle 2: Statistik Leistungen Informationsstelle Integration

Indikator		2007	2008	2009
Anfragen	Gesamt ²	480	515	302
	Zeitaufwand (Std.)	120	131	100
Zugriffe Datenbank	Gesamt (Ø pro Monat)	5'762	--- ³	8'550
Projektberatung	Gesamt	157	76	95
	Zeitaufwand (Std.)	91	43	65
Zusammenarbeit	Anzahl Kontakte	397	363	378
Medienkontakte	Anzahl Kontakte	63	95	58
	Anzahl Nennungen / Berichte	16	32	22

² Diese Zahl umfasst telefonische, schriftliche und persönliche Beratungen

³ Aufgrund technischer Arbeiten an der Integrationsdatenbank, liegen für 2008 keine statistischen Angaben zur Verfügung

3. Subventionsbegehren der GGG Ausländerberatung

Die GGG Ausländerberatung hat mit Schreiben vom 10. März 2010 ein Gesuch für die Weiterführung des Subventionsverhältnisses für die Jahre 2011-2015 gestellt (Die Frist für das Verlängerungsgesuch wurde verlängert, da der neue Geschäftsleiter seine Stelle erst im Februar 2010 angetreten hat). Für den Betrieb der Beratungsstelle und der Informationsstelle Integration beantragt sie insgesamt eine Subvention von jährlich CHF 345'000, was einer Erhöhung um CHF 45'000 entspricht. Die Begründung für die Erhöhung ist, dass immer mehr Anpassungen des Angebots und der Kommunikationskanäle notwendig sind und neue Zielgruppen erschlossen werden müssen. Dafür sind zusätzliche Investitionen in Planung, Beratung, Personalentwicklung, Qualitätsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit nötig.

Der Bedarf für eine Erhöhung ist zweifellos gegeben und wird nicht bestritten. Aus Gründen der aktuellen Budgetsituation im Kanton Basel-Stadt hat das Präsidialdepartement jedoch auf einen Antrag um Erhöhung des Beitrags verzichtet. Stattdessen hat es die Weiterführung der Subvention in gleich bleibender Höhe von CHF 300'000 für die Jahre 2011-2014 beantragt und die entsprechende Ermächtigung durch den Regierungsrat erhalten.

4. Finanzielle Aspekte

4.1 Finanzielle Situation der Institution

Erfolgsrechnungen 2005-2009		2005	2006	2007	2008	2009
ERTRAG	Beitrag Kanton	302'419	350'000	344'000	300'000	300'000
	Beitrag Bund	120'000	120'000	120'000	120'000	120'000
	Projektbeiträge Kanton+Bund				145'105	83'731
	Beitrag GGG	215'000	257'500	303'650	319'000	350'000
	Beiträge und Spenden	79'981	104'301	78'513	109'634	67'435
	Ertrag aus Leistungen	120'636	123'611	117'402	142'775	153'382
	Sonstiger Ertrag	8'033	7'917	3'303	25'923	17'051
	Total Ertrag	846'070	963'329	966'868	1'162'437	1'091'600
AUFWAND	Personalaufwand	660'989	769'623	769'456	825'736	875'937
	Projekte (ohne Personalaufwand)			11'288	129'941	17'380
	Verwaltungsaufwand	62'306	73'546	54'051	58'325	46'439
	Raumaufwand, Mobilien, Maschinen	69'461	60'556	124'031	59'373	61'195
	Öffentlichkeitsarbeit	43'761	38'134	24'489	27'726	30'270
	Sonstiger Aufwand	5'360	17'758	2'239	18'859	30
	Rückstellungen	10'000			20'000	45'000
	Total Aufwand	851'878	959'618	985'555	1'139'960	1'076'250
Gewinn (+) / Verlust (-)		-5'808	+3'711	-18'687	+22'477	+15'349

In den Jahren 2006, 2008 und 2009 schloss die Institution jeweils mit einem positiven Ergebnis ab. 2005 und 2007 musste die GGG Ausländerberatung einen Verlust ausweisen, weil sie weniger Spendeneinnahmen generieren konnte und sie wegen Umbauarbeiten im 2007 höhere Ausgaben hatte. Der Gesamtaufwand der Institution stieg zwischen 2005 und 2009 um CHF 224'372 bzw. 26,3%, was hauptsächlich auf die Zunahme des Personalaufwandes zurückzuführen ist. Der Verwaltungsaufwand hat im gleichen Zeitraum jedoch um CHF 15'867 abgenommen. 2008 hat die GGG Ausländerberatung für das Projekt "Familienische Beratung" und 2009 für Qualitätssicherung, Personal- und Organisationsentwicklung sowie für neue Büromöbel Rückstellungen gemacht. Das Eigenkapital der GGG Ausländerberatung lag per 31.12.2009 bei CHF 153'788.54.

4.2 Finanzierungsschlüssel

Beiträge an GGG AB (Beratungsstelle + Informationsstelle Integration)	Jahr 2007 CHF / % vom Gesamtertrag CHF 966'868)	Jahr 2008 CHF / % vom Gesamtertrag CHF 1'162'437)	Jahr 2009 CHF / % vom Gesamtertrag CHF 1'091'600)
Beitrag Kanton BS	300'000 (31%)	300'000 (25.8%)	300'000 (27.5%)
Beitrag Bund	120'000 (12.4%)	120'000 (10.3%)	120'000 (11%)
Projektbeiträge Bund + Kanton BS	44'000 (4.5%)	145'105 (12.5%)	83'73 (7.7%)
Total Betriebskostenbeiträge	464'000 (47.9%)	565'105 (48.6%)	503'731 (46.1%)
Beitrag GGG Zentralkasse	303'650 (31.5%)	319'000 (27.5%)	350'000 (32%)
Spenden und Fundraising	78'513 (8.1%)	109'634 (9.4%)	67'435 (6.2%)
Betriebsertrag aus Leistungen	117'402 (12.2%)	142'775 (12.3%)	153'382 (14%)
Diverse Erträge	3'303 (0.3%)	25'923 (2.2%)	17'051 (1.6%)
Total Eigenleistung	502'868 (52.1%)	597'332 (51.4%)	587'868 (53.9%)

Die Eigenleistung der GGG Ausländerberatung wird gemäss aktuellem Subventionsvertrag aus dem Beitrag der Zentralkasse, Spenden, Unkostenbeiträgen und Einnahmen durch den Übersetzungsdienst berechnet. Im neuen Subventionsvertrag werden Unkostenbeiträge nicht mehr zu den Eigenleistungen gezählt. Anhand vom Budget 2010 (siehe Tabelle 3) kann veranschaulicht werden, dass die Eigenleistung folglich niedriger ausfällt (40.5%). Bei der herkömmlichen Berechnungsweise läge der Anteil der Eigenleistung bei 51.5%.

Tabelle 3: Budgetierte Einnahmen 2010

Einnahmen	Betrag in CHF
Kantonale Subvention	300'000
Kantonale Projektförderung	53'000
Subvention Bund	120'000
Projektgeld Bund	42'500
Einnahmen aus Dienstleistungen	117'500
Fundraising	65'000
GGG Zentralkasse	365'600
Total Ertrag	1'063'600
Davon Eigenleistung (40.5%)	430'600

Die GGG Zentralkasse hat ihren Beitrag vom Jahr 2007 von CHF 303'650 um CHF 61'950 auf CHF 365'600 für das Jahr 2010 erhöht. Ohne Erhöhung der kantonalen Leistungen wird die Zentralkasse diesen Trend nicht fortsetzen. Die kantonale Subvention macht im 2009 27.5% der Einnahmen aus.

Die GGG Ausländerberatung gibt als Projektträgerschaft auch Projekte bei «Integration Basel» ein, weil zeitlich befristete Zusatzangebote eine gute Möglichkeit bieten, angemessen auf aktuell festgestellte Angebotslücken oder Bedürfnisse verschiedener Zielgruppen⁴ einzugehen. Die Bedarfsanalyse solcher Projekte erfolgt jeweils in enger Zusammenarbeit mit der Fachstelle. Wie andere Projektträgerschaften hat die GGG Ausländerberatung keinen Anspruch auf jährliche Projektfördergelder.

Die Bundesgelder, welche die Informationsstelle Integration als kantonales Kompetenzzentrum Integration vom Bundesamt für Migration (BFM) erhält, werden mindestens bis 2013, unter der Voraussetzung der kantonalen Beteiligung, in gleicher Höhe weiter fliessen. Vor dem Hintergrund der vom BFM geforderten neuen Programmkonzepte in den Kantonen, wird es ab 2014 zu finanziellen Veränderungen kommen. Die Kompetenzzentren sollen integrierender Bestandteil des kantonalen Programmkonzepts werden und so direkt über den Kanton finanziert werden.

5. Begehrensbeurteilung nach § 5 des Subventionsgesetzes

5.1 Öffentliches Interesse des Kantons an der Erfüllung der Aufgabe (§ 5 Abs. 2 lit. a SubvG)

Beratungsstelle

Die professionelle Beratung der ausländischen und schweizerischen Bevölkerung durch eine neutrale, sachkundige Organisation ist im Hinblick auf die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung und den damit verbundenen Reibungsprozessen mit den Einheimischen entscheidend für eine erfolgreiche Integration.

Die Beratungsstelle ist die einzige unabhängige und neutrale Stelle, welche Ratsuchende unabhängig ihrer Herkunft in komplexen Problemlagen herkunftssprachig kompetent betreut. Sie fördert mit ihrer ressourcenorientierten "Hilfe zur Selbsthilfe" die Eigenverantwortung der Klientel im Integrationsprozess.

⁴ Ein gutes Beispiel ist die Informationsveranstaltung "Wie ticken die Schweizer/innen?". Mit diesem Angebot hat die GGG Ausländerberatung auf den Informationsbedarf von deutschen Zuwandernden reagiert, die trotz gleicher Sprache in der Schweiz oft mit kulturellen Barrieren zu kämpfen haben. Mittlerweile wird die Veranstaltung auch auf Englisch angeboten.

Informationsstelle Integration

Die Informationsstelle Integration unterstützt die kantonale und eidgenössische Integrationsarbeit. Durch die Projektberatung trägt sie einen wichtigen Beitrag zur Professionalisierung des Projektmanagements von Privatpersonen und Migrantenorganisationen bei und verringert damit den administrativen Aufwand der Projektförderung beim Kanton. Die Informationsstelle sorgt für die Aufbereitung, Dokumentation und Vermittlung von Informationen rund um das Thema Migration und Integration für Privatpersonen, Behörden und soziale Institutionen. Sie trägt auch entscheidend zur Koordination des bestehenden Angebots im Integrationsbereich bei und unterstützt die Vernetzung von staatlichen und nicht-staatlichen Stellen im Sozial- und Gesundheitsbereich.

5.2 Sachgerechte Erfüllung der Aufgabe (§ 5 Abs. 2 lit.b SubvG)

Beratungsstelle

Die Institution kann auf einen bald fünfzigjährigen Erfahrungsschatz in der Beratung und Unterstützung von Migrantinnen und Migranten zurückgreifen. Sie genießt bei Bevölkerung und Organisationen ein entsprechend hohes Ansehen und Vertrauen. Die Beratung erfolgt durch qualifizierte Sozialberaterinnen und –berater in insgesamt 17 Sprachen, wodurch den in Basel-Stadt wohnhaften Ausländerinnen und Ausländern eine niederschwellige und gleichzeitig professionelle Beratung zu rechtlichen und sozialen Fragen in ihrer Muttersprache geboten werden kann.

Informationsstelle Integration

Auch die Informationsstelle Integration profitiert vom langjährigen Engagement der Ausländerberatung im Integrationsbereich und kann dadurch auf viel Erfahrung und ein grosses Netzwerk zurückgreifen. Das begünstigt die Informations- und Vernetzungsfunktion, die sie im Kanton übernimmt. Die Nähe zur Migrationsbevölkerung und die grosse Akzeptanz unter den Akteuren im Sozialbereich unterstützen die Informationsverbreitung in optimaler Weise.

5.3 Nachweis angemessener Eigenleistungen des Subventionsempfängers und der Nutzung von Ertragsmöglichkeiten (§ 5 Abs. 2 lit. c SubvG)

Die Eigenleistungen der GGG Ausländerberatung betragen 2009 gemäss Jahresrechnung CHF 597'332 (51.4%) und gemäss Jahresrechnung 2009 CHF 587'868 (53.8%). Diese setzen sich aus dem Beitrag der Zentralkasse der GGG sowie den Erträgen aus Spenden und Eigenleistungen zusammen. Daneben wird im Rahmen der Vorstandsarbeit und der Administration eine umfangreiche aber monetär nicht erfasste Leistung erbracht. Auch wenn die Eigenleistungen ab 2011 neu berechnet werden (ohne Einnahmen aus Dienstleistungen), werden diese verhältnismässig hoch ausfallen (über 40%).

Der Gesamtertrag der GGG Ausländerberatung lag 2008 bei CHF 1'162'437, der Anteil Kanton Basel-Stadt bei CHF 300'000 (25.8%). Gemäss Budget 2010 ist mit einem Gesamtertrag von CHF 1'063'600 zu rechnen, der Anteil Kanton Basel-Stadt liegt bei 300'000 (28.2%). Im Jahre 2005 machte der Anteil Kanton Basel-Stadt mit CHF 302'419 noch 35.7% aus.

Der Betriebsertrag konnte nach einem Einbruch 2007 im Jahr 2008 wieder gesteigert werden, u.a. aus dem Ertrag aus eigenen Leistungen und Spendeneinnahmen. Im Jahr 2010 scheint eine weitere Steigerung des Betriebsertrags als unwahrscheinlich, da sich die Mittelbeschaffung auf dem Spendenmarkt immer schwieriger gestaltet und langjährige Sponsoren, (z.B. Kirche) die GGG Ausländerberatung, wegen eigener finanzieller Schwierigkeiten nicht länger unterstützen können. Der Beitrag der Zentralkasse der GGG wurde im Vergleich zum Jahr 2005 von CHF 215'000 um CHF 150'000 auf CHF 365'600 im Jahr 2010 erhöht. Eine Preiserhöhung bei den kostenpflichtigen Dienstleistungen wird wegen dem grossen Anteil finanzschwacher Klientel nicht in Betracht gezogen. Das Angebot muss niederschwellig bleiben und darf daher nicht zu viel kosten.

5.4 Nachweis, dass die Aufgabe ohne die Subvention nicht oder nicht hinreichend erfüllt werden kann (§ 5 Abs. 2 lit. c SubvG)

Die GGG Ausländerberatung ist für ihren Auftrag auf eine Mitbeteiligung des Kantons an den Gesamtkosten in der Höhe von CHF 300'000 angewiesen, was im 2010 (budgetierter Aufwand: 1'103'823) einem Kostenanteil von etwa 27% entsprechen würde. Der Kanton kauft kostengünstig Erfahrung und Leistung ein, die er mit bestehenden Ressourcen selbst nicht leisten könnte. Die Ausländerberatung kann zudem dank des Kantonsbeitrags einen beachtlichen Teil an Mitteln generieren (Spenden, Bundessubvention). Eine Nichtweiterführung des Subventionsverhältnisses hätte durch den damit ausgelösten Rückzug privater und eidgenössischer Gelder die Schliessung der Stelle zur Folge.

6. Antrag

Das Finanzdepartement hat den vorliegenden Ausgabenbericht gemäss §55 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 16. April 1997 überprüft.

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat die Annahme des nachstehenden Beschlussesentwurfes.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage

Entwurf Grossratsbeschluss

Grossratsbeschluss

betreffend Erneuerung des Subventionsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der GGG Ausländerberatung betreffend Beratungsstelle und Informationsstelle Integration für die Jahre 2011-2014

(vom [Hier Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsicht in den oben stehenden Ausgabenbericht und in den Bericht Nr. [Hier Nummer des GRK-Berichts eingeben] der [Hier GR-Kommission eingeben]-Kommission, beschliesst:

://: Der Regierungsrat wird ermächtigt, der GGG Ausländerberatung für die Beratungsstelle und die Informationsstelle Integration in den Jahren 2011-2014 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von CHF 300'000 p.a. auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.